

## **Wohlfahrt und Gerechtigkeit Ideenanalysen in der Soziologie der Sozialpolitik**

Sammelbesprechung von

- Roswitha Pioch*: Soziale Gerechtigkeit in der Politik. Orientierungen von Politikern in Deutschland und den Niederlanden. Frankfurt a.M.: Campus Verlag 2000. 470 Seiten. ISBN 3-593-36486-7. Preis: € 45,-.
- Thomas Bulmahn*: Lebenswerte Gesellschaft. Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002. 238 Seiten. ISBN 3-531-13890-1. Preis: € 24,90.
- Christoph Butterwegge* und *Michael Klundt* (Hg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel. 2. durchgesehene Auflage. Opladen: Verlag Leske + Budrich 2003. 244 Seiten. ISBN 3-8100-3731-1. Preis: € 18,50.
- Frank Adloff*: Im Dienste der Armen. Katholische Kirche und amerikanische Sozialpolitik im 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M.: Campus Verlag 2003. 382 Seiten. ISBN 3-593-37271-1. Preis: € 43,-.
- Franz-Xaver Kaufmann*: Sozialpolitisches Denken. Die deutsche Tradition. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag 2003. ISBN 3-518-12321-1. Preis: € 10,-.
- Franz-Xaver Kaufmann*: Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag 2003. ISBN 3-518-12301-7. Preis: € 12,-.
- Stephan Lessenich* (Hg): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt a.M.: Campus Verlag 2003. ISBN 3-593-37241-X. Preis: € 34,90.

Jede Wissenschaft ist empirisch, insoweit sie einen Gegenstand hat. Gut gemacht führt das zu überraschenden und daher oft erhellenden Beobachtungen der Wirklichkeit. Über die Generierung empirischen Wissens hinaus will Wissenschaft Deutungswissen bereit stellen. Ob sich die Logik der Phänomene aus ihnen selbst, aus einer Beobachterperspektive oder aus einer dialektischen Komplexität beider erschließt, muss in der Soziologie schon deshalb strittig sein, weil sie zentraler Teil des Beobachteten ist. Erlaubt bereits dieser Umstand manches Misstrauen anderer Disziplinen an der Wahrheitschance soziologischen Wissens, so verschärft sich jenes an ihrem für sie einst mit konstitutiven Anwendungsgebiet: der Sozialpolitik. Selbstreferenz- und Werturteilsverdacht haben eine wissenschaftliche Sozialpolitik stets verfolgt, auch außerhalb der Soziologie. Als Soziologie der Sozialpolitik gewann sie Relevanz und Dignität nach einer langen Latenzphase erst wieder seit den 1970er Jahren. Eine Schlüsselrolle in dieser Neupositionierung kam mit dem 18. Deutschen Soziologentag in Bielefeld (1976) dem mittlerweile emeritierten *Franz-Xaver Kaufmann* zu.<sup>1</sup> Er ist so etwas wie der „grand old man“ der postklassischen soziologischen Sozialpolitik. Dass seine beiden neuesten Buchveröffentlichungen im Zentrum dieser Sammelbesprechung stehen, fügt sich also gut.

Die hier diskutierten insgesamt sieben Titel decken dabei recht vollständig ein spezifisches und zugleich zentrales Gebiet einer Soziologie der Sozialpolitik ab: den Zusammenhang von Wohlfahrt und Gerechtigkeit.<sup>2</sup> Welche Rolle eine Ideenanalyse für die Soziologie spielen sollte, hat der Klassiker Max Weber bereits 1913 in zwei Schlüsselsätzen niedergeschrieben: „Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die ‚Weltbilder‘, welche durch ‚Ideen‘ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte.“ (Weber 1991: 11) Ausdrücklich in der Weberschen kultur- und religionssoziologischen Tradition wird die Sozialpolitikanalyse nur von *Rieger* (in *Lessenich*: 215ff.) positioniert (ausführlich *Rieger/Leibfried* 2004). Die vier von Weber genannten Begriffe - materielle Interessen, ideelle Interessen, Ideen, Weltbilder - markieren gleichwohl Forschungsgegenstände, die für ein Verständnis von Wohlfahrt und Gerechtigkeit so zentral wie problematisch sind. So werden selbst die scheinbar unproblematischen „materiellen Interessen“ nie unmittelbar sozialpolitisch wirksam, sondern stets vermittelt über einen komplexen Formierungs- und Reflexionsprozess.

Bisweilen wird in der sozialpolitischen Literatur versucht, diese Komplexität zu unterlaufen, „ein Großteil der sozialwissenschaftlichen Literatur über Sozialpolitik ist selbst *sozialpolitisch*, d.h. sie bezieht ihre impliziten Kriterien aus normativen Vorstellungen, die im Objektbereich geläufig oder aber dem Geläufigen gerade kritisch entgegengesetzt sind“. Diese Kritik von *Kaufmann* (*Varianten*, 30) würde zweifellos auch dem von *Butterwegge* und seinem Mitarbeiter *Kludt* herausgegebenen Band über „Kinderarmut und Generationengerechtigkeit“ gelten können, ein dafür typisches Interventionsprodukt aus eher „linker“ Perspektive. Während die darin enthaltenen empirischen Arbeiten zur Kinderarmut (*Becker/Hauser, Mansel, Merten, Lauterbach et al.*) solide, freilich durchweg bereits andernorts veröffentlichte Beiträge zur Ungleichheitsforschung liefern und auch einige Maßnahmenvorschläge zur kommunalen Sozialpolitik (*Baum*), Förderung benachteiligter Kinder (*Iben*) und didaktischen Aufarbeitung von Kinderarmut in Bildungseinrichtungen (*Essen*) als nützlich gelten dürfen, fallen die Reflexionen zur „Generationengerechtigkeit“ enttäuschend aus. Der katholische Sozialethiker *Hengsbach* begnügt sich mit analyse- und literaturfreien Forderungen, wo doch bei der einzig originellen nach „Beteiligungsgerechtigkeit“ zur „Demokratisierung‘ kapitalistischer Marktwirtschaften“ (22) ein Hinweis auf die laboristische Tradition der Katholischen Soziallehre auch erlaubt hätte, deren bisheriges Scheitern zu reflektieren. Der umfangreiche Beitrag

---

<sup>1</sup> Die disziplingeschichtlichen und biographischen Aspekte stehen im Zentrum seiner Analysen in *Kaufmann* 2002: 13ff.

<sup>2</sup> Dass neben den hier besprochenen Titeln in jüngerer Zeit noch eine Vielzahl weiterer einschlägiger Arbeiten veröffentlicht wurde, markiert die Aktualität des Themas (für Deutschland bspw. *Blasche/Döring* 1998, *Liebig et al.* 2004).

der Herausgeber, eine Sammlung vor allem von Zitaten aus der Tagespresse, beklagt, dass „soziale Fragen auf demografische Probleme reduziert und restriktive Lösungen im Sinne des National- bzw. Liberalkonservatismus gewissermaßen vorprogrammiert werden“ (72). Wer markige Anti-Kritik sucht, wird Bücher dieses Genres schätzen. Eine soziologische Analyse sozialpolitischer Gerechtigkeit findet sich nicht, was vielleicht nicht nur daran liegt, dass die Herausgeber keine Soziologen sind.

Soziologische Studien, die jene von Weber notierten Begriffe komplexitätsadäquat auf das Thema Wohlfahrt und Gerechtigkeit beziehen, lassen sich unter vier analytische Typen subsumieren: (1) Mikroanalyse, (2) Institutionenanalyse, (3) Diskursanalyse, (4) Ideenanalyse. Alle vier Typen beziehen sich auf empirische Gegenstandsbereiche der Soziologie, entsprechend der Eingangüberlegungen, die aus einer zentralen Denkfigur bei Talcott Parsons bekannt sind: „Perhaps the most essential theoretical point is that the four sets of structural components of units of a social system, roles, collectivities, norms and values, are independently variable“ (Parsons 1979: 34; vgl. Opielka 2004a: 246ff.). Während dies für die Mikroanalyse (Einstellungen, Akteursperspektive), die Institutionenanalyse und unterdessen auch für die Diskursanalyse unstrittig ist, wird immer wieder - wohl irrtümlich - gezweifelt, ob auch eine Analyse von Ideen und Werten selbst als soziologischer Beritt gelten darf.

(1) *Mikroanalyse*. Zwei der hier zu besprechenden Titel untersuchen die Einstellungen von Individuen zu Wohlfahrt und Gerechtigkeit (*Pioch, Bulmahn*). Die bereits 2000 erschienene Studie von *Pioch* vergleicht die Einstellungen von Spitzenpolitikern und hochrangigen Experten in Deutschland und den Niederlanden zu dem, was in den laufenden Umbaudiskursen als gerecht gilt. Wie Gertrud Nummer-Winkler in ihrem Vorwort zurecht lobt, handelt es sich um eine Pionierleistung im Bereich der „empirischen Moralforschung“. Insgesamt 27 narrative Interviews (Modell Fritz Schütze) wurden 1996 und 1997 durchgeführt und nach dem Verfahren der hermeneutisch-rekonstruktiven Textanalyse (Modell Ulrich Oevermann) nach den Deutungsmustern sozialer Gerechtigkeit rekonstruiert. Je acht davon wurden für beide Länder, nach einer kurzen Einführung in die jeweilige sozialpolitische Konstruktionslogik, in Form von Falldarstellungen in die Veröffentlichung aufgenommen. Allerdings darf man nicht zu viel Biographisches erwarten, denn die Interviews gerieten eher zum Expertengespräch, was die Autorin zwar bemerkt (66), aber nur in Bezug auf das nötige (und bei ihr offensichtlich vorhandene) Fachwissen des Interviewers reflektiert. Vielleicht weil die Interviewpartner teils prominent waren (Kurt Biedenkopf, die spätere grüne Gesundheitsministerin Andrea Fischer oder der spätere niederländische Premierminister Jan-Peter Balkenende), kamen zumindest im veröffentlichten Teil der Interviews praktisch keine persönlichen

- familiäre, existentielle oder religiöse - Erfahrungen zur Sprache. Die Fallinterpretationen der Autorin, die sie teils und zu Kontrollzwecken mit Studenten durchführte, lesen sich gut. Sie beschränken sich aber eher diskursanalytisch auf eine Rekonstruktion des Redehalts. Die psychoanalytische Potenz der Oevermannschen Methode wird nicht genutzt. Die selbstbehauptete Stärke hermeneutisch-rekonstruktiver Ansätze ist ihre Fallnähe, der Versuch, die unverzichtbaren Typologien nur aus dem Material und nicht aus einer Beobachterperspektive zu generieren. *Pioch* schließt sich implizit dieser Behauptung an und belegt zugleich eindrücklich deren Unmöglichkeit.

Ihre zentrale These - „dass eine feste Institutionalisierung solidarischer Sozialpolitik mit einer Erweiterung des Spektrums der Gerechtigkeitsvorstellungen und der Reformvorschläge korrespondiert“ (36) - beruht auf einer Gerechtigkeitstypologie, in der die Fallinterpretationen eingeordnet werden. Die Typologie besteht aus einer bipolaren Achse „von Marktgerechtigkeit auf der einen Seite und universeller Teilhabegerechtigkeit auf der anderen Seite“ (260). Dazwischen werden für die acht deutschen Interviews acht „Gerechtigkeitsvorstellungen“ namhaft gemacht (von „Marktgerechtigkeit plus Solidarität“ bei Biedenkopf, über Markt- dann Leistungsgerechtigkeit bis „gebrochene Teilhabegerechtigkeit“ bei Fischer). Dasselbe geschieht für die Niederlande. Hier erweitert sich offensichtlich das Spektrum über die gebrochene Fischer-Variante hinaus hin zu einer reinen „Teilhabegerechtigkeit“. Empirisch ist das nicht unplausibel, auch wenn man sich wundert, warum das Biedenkopf-Modell einer steuerfinanzierten Grundrente noch „marktlicher“ sein soll als die Marktgerechtigkeit selbst. Irritierend ist zudem, dass die holländischen Interviews auf das Thema Sozialhilfe/Arbeitslosenunterstützung bzw. garantiertes Grundeinkommen beschränkt bleiben und die - dort existierende - universalistische Volkspension weder in den Interviews noch in den Typologien vorkommt. Auch wundert angesichts der gut codierten Grundeinkommens-Freundlichkeit der Autorin, dass sie die Schattenseiten der holländischen Aktivierungspolitik kaum thematisiert (vgl. Oorschot 2002). Erstaunlich und wohl der mikroanalytischen Methode geschuldet ist der Verzicht auf eine Begründung der Typologie, die ja scheinbar ganz aus dem Feld entstand. Das war natürlich nicht der Fall, wie man theoretisch belegen kann (Opielka 2004a, b), aber auch an der Existenz anderer Typologien (z.B. bei *Kaufmann*, Varianten) unschwer sieht. Trotz dieser Einwände ist der fallrekonstruktive Ansatz selbst viel versprechend. Dass *Pioch* nah am kulturalistische Zeitgeist arbeitete, zeigen ähnliche Versuche, nicht nur die Wohlfahrts- und Gerechtigkeitskonzepte der (politischen) Eliten, sondern auch der kleinen Leute zu erforschen (Chamberlayne et al. 1999).

Etwas knapper kann die Betrachtung der zweiten mikroanalytischen Perspektive bei *Bulmahn* ausfallen. Es handelt sich um eine Dissertation, die in der Abteilung von Wolfgang Zapf am

Wissenschaftszentrum Berlin angefertigt wurde und vor allem die Daten der Wohlfahrtssurveys 1998 und 2001 ausgewertet. Die Arbeit versteht sich als Teil einer modernisierungstheoretisch begründeten Lebensqualitätsforschung. Da als empirisches Material Umfragedaten Verwendung finden, werden trotz der Aggregate ausschließlich Wahrnehmungen und Einstellungen Einzelner abgefragt. Die Pointe und der durchaus innovative Aspekt dieser Arbeit ist die systematische Verknüpfung der wahrgenommenen Lebensqualität (Qualität des privaten Lebens und „quality of persons“) mit der „wahrgenommenen Qualität der Gesellschaft“ (39). Die Differenzierung affektiver und kognitiver Größen - sie geht auf Parsons zurück, was hier allerdings nicht beachtet wird - führt zu erhellenden Datenrekombinationen, beispielsweise die Zurechnung von Nationalstolz, Institutionenvertrauen und Zukunftserwartungen zur Gruppe affektiver Bereichswertungen. Dass die modernisierungstheoretischen Ausgangsannahmen bestätigt wurden (114ff.), mag Kulturpessimisten überraschen. So sind seit Ende der 1970er Jahre „Glück und Zufriedenheit der Westdeutschen auf hohem Niveau stabil geblieben“ (210). In den neuen Bundesländern „fällt die Bilanz noch positiver aus“ (211). Trotz rot-grüner Regierungsübernahme 1998 und dem Schock des 11.9.2001 wurden fast alle Freiheits-, Sicherheits- und Gerechtigkeitsaspekte im Jahr 2001 positiver bewertet. Methodisch beachtlich erscheint auch das verwendete Stufenmodell jener Aspekte, von den Grundrechten über Staatszielbestimmungen bis hin zu politischen Zielen sinken die Verpflichtungswirkung für die Staatsgewalt und damit auch die individuellen Durchsetzungschancen. Die Studie von *Bulmahn* gehört zu den engagierten Versuchen, bei der Analyse von Einstellungsdaten nicht darauf zu hoffen, dass das Feld spricht, sondern theoriegeleitet das Feld zu befragen.

(2) *Institutionenanalyse*. Eine anregende Mischung aus Mikroanalyse und Institutionenanalyse bietet die Arbeit von *Adloff* über den Aufstieg der katholischen Kirche zu einem relevanten sozialpolitischen Akteur in den USA seit den 1980er Jahren, auch sie eine soziologische Dissertation (bei Hans Joas). Der mikroanalytische Teil bezieht sich auf 19 Experteninterviews mit Vertretern amerikanischer katholischer Organisationen, die in einem allerdings sehr knappen Unterkapitel (311-315) auf die „normativen Wertbezüge der von den Experten repräsentierten Organisationen“ (19) untersucht werden. Eine Sequenzanalyse (Modell Oevermann) wird ausdrücklich nicht beabsichtigt.<sup>3</sup> Etwas dunkel bleibt der Hendiadyoin „normative Wertbezüge“ (Normen oder Werte?). Wirklich instruktiv und umfassend ist die Sekundäranalyse historischer und sozialwissenschaftlicher Arbeiten sowie eines breiten Spektrums an Dokumenten von und über die Organisationen des amerikanischen Sozialkatholizismus. *Adloff* beantwortet die Frage, warum die katholische Kirche „ein starkes

---

<sup>3</sup> Methodisch scheint das nicht sehr viel weiter gediehen als Alexis de Toquevilles Amerikaforschung 1831-32. Auch dort Experteninterviews („ich befragte die einsichtigsten Menschen“) und Sekundäranalysen, zudem ergänzt um teilnehmende Beobachtungen und Sekundäranalysen von Statistiken (vgl. *Offe* 2004: 15f.).

Interesse am Erhalt des amerikanischen Wohlfahrtsstaates zeigt“ (12) und warum dies in der Soziologie bislang kaum beachtet wurde, in zweifacher Hinsicht: Zum einen rekonstruiert er ihre erfolgreiche externe und interne Institutionalisierung als Minderheitenkirche (etwa ein Viertel der Bevölkerung). Zum zweiten kann er die „Existenz einer distinkten katholischen Ethik“ nachweisen, die - getragen von der Kirchenhierarchie - eine „kommunitaristisch gefärbte, liberale Theorie des Wohlfahrtsstaats“ vertritt und so zugleich eine „fundamentale Kritik (...) der protestantisch-amerikanischen Individualisierungskonzeption“ (18) darstellt. *Adloffs* Arbeit bildet einen vorzüglichen und gut lesbaren Beitrag zur längst überfälligen Verknüpfung von Religionssoziologie und Soziologie der Sozialpolitik. Zugleich trägt sie dazu bei, die innere Differenzierung der amerikanischen Sozialpolitik von der Wert-Seite her auch einem deutschsprachigen Publikum bekannt zu machen. Zu bemängeln ist - merkwürdiger Weise genauso wie bei der Arbeit von *Pioch* -, dass sich die Analyse auf die kirchlichen Positionen zu den Welfare- bzw. Sozialhilfeprogramme beschränkt (im Untersuchungszeitraum 1998: v.a. AFDC, unterdessen TANF), die quantitativ nur einen verschwindend geringen Anteil aller Sozialausgaben ausmachen. Angeblich „kulminieren alle wichtigen Debatten um den amerikanischen Wohlfahrtsstaat“ (16) in diesen Programmen, während die Rentenversicherung (Social Security) „nicht so viele Grundsatzfragen auf sich“ zieht und die katholische Kirche „immer eine Befürworterin einer allgemeinen Krankenversicherung war, diese aber nie zustande kam“ (16). Schon die Tatsache, dass seit der Wiederwahl des US-Präsidenten George W. Bush Ende 2004 eine von ihm initiierte breite Debatte über eine (Teil-)Privatisierung der Social Security stattfindet, legt nahe, Wohlfahrt nicht auf den Typus Fürsorge zu beschränken.

Dies geschieht in vorzüglicher und kaum überbietbarer Weise in *Kaufmanns* „Varianten des Wohlfahrtsstaats“ (kurz: Varianten). In sechs Fallanalysen werden die Sowjetunion und die USA<sup>4</sup> - als Antipoden von Sozialismus und Kapitalismus - sowie Großbritannien, Schweden, Frankreich und schließlich Deutschland verglichen. In den „methodischen Vorbemerkungen“ (16ff.) wird zwar die „typologische Methode“ in der Tradition von Richard Titmuss und vor allem Gøsta Esping-Andersen gelobt. Allerdings macht *Kaufmann* darauf aufmerksam, dass die von letzterem vorgeschlagene Typologie von Wohlfahrtregime (liberal, konservativ, sozialdemokratisch) umstritten und unvollständig sei, so dass er auf sie „verzichtet“ (24). Andererseits wählt er in Europa drei Hauptrepräsentanten von Esping-Andersens Typologie als Vergleichsfolie für Deutschland aus - und weder einen Fall des bisweilen (mit schwachen Argumenten) als „südeuropäischen“ Typ noch des neuerdings als „garantistisch“ bezeichneten Regimetyps (wie die Schweiz, vgl. Opielka 2004b). Auch das Kapitel über die „theoretischen Grundlagen“ (25ff.) kann man jedem Sozialpolitikforscher anempfehlen. Darin ist *Kaufmanns* zentrale Annahme, dass „die spezifische Differenz

wohlfahrtsstaatlicher Politik an einer Verknüpfung von normativen Vorstellungen und institutionellen Realisierungen festzumachen ist“ (36). Er untersucht dies in den Fallanalysen vor der modernisierungstheoretischen Idee, wonach die Menschenrechte „als normative Grundlage wohlfahrtsstaatlicher Inklusion“ gelten, konkretisiert in durch das politische Gemeinwesen zu garantierenden sozialen „Teilhaberechte“. Dabei bezieht er sich - anders als die meisten Autoren im von *Lessenich* herausgegebenen Band - nicht nur auf die Arbeiten von T.H. Marshall (zudem erinnert sich *Kaufmann* an deren Aufnahme bei Talcott Parsons und Niklas Luhmann), sondern untersucht die Institutionalisierung dieser Teilhaberecht auf nationaler und Weltebene (UN usw.). Schließlich fungiert für ihn „Wohlfahrtsproduktion“ als analytischer Grundbegriff, ihr Arrangement „zwischen staatlichen, marktlichen, verbandlichen und privaten Formen“ als Gegenstandsbereich, was „eine von der politischen Rhetorik unabhängige Position“ (42) verspreche. Die Fallanalysen der wohlfahrtsstaatlichen Institutionengefüge und ihrer Genese sind brillant, fast durchweg aktuell und informativ. Das Buch stellt die kaum überarbeitete Auskopplung des Schlusskapitels des ersten Bandes eines elf-bändigen Werk über die Geschichte der deutschen Sozialpolitik dar, die seit 2001 von Bundesarbeitsministerium und Bundesarchiv ediert wird. Sein Hintergrund war soziologischer Eros: „Mitte der achtziger Jahre packte mich die Idee, eine Theorie des Wohlfahrtsstaats zu entwickeln“ (13).

(3) *Diskursanalyse*. Um diesem Ziel näher zu kommen, verfasste *Kaufmann* noch das Einleitungskapitel in jene Enzyklopädie deutscher Sozialpolitikgeschichte, die gleichzeitig mit „Varianten“ als Taschenbuch unter dem Titel „Sozialpolitisches Denken“ erschien. „Sozialpolitik ist ein sozialwissenschaftlicher Begriff, der praktisch-politische Karriere gemacht hat“ (7). Damit beginnt das Buch und eine eindruckliche Rekonstruktion der deutschen akademischen Diskussion zur Sozialpolitik seit dem frühen 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Der Begriff „Diskursanalyse“ passt schulunabhängig auf *Kaufmanns* Unternehmen, weil er nur wissenschaftliche Diskurse analysiert, Denkbewegungen, die Wahrheit beabsichtigen, und politische, kulturelle und religiöse Kommunikationen weitgehend ausspart. Zurecht betont er den epochalen Fortschritt der Gesellschaftstheorie durch Hegels Theorie der funktionalen Differenzierung (18ff.), die zugleich die sozialpolitischen Verhältnisse nicht als marktpreisvermittelte Tauschverhältnisse, „sondern als Beziehungen zwischen Individuen“ (20) konzipierte. Die Nachzeichnung der deutschen Sozialpolitikdiskurse bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ist mustergültig, nur die protestantische Sozialpolitiktradition wird bei den einschlägigen Reflexionen christlicher Beiträge (67ff., 98ff.) vielleicht zu knapp behandelt. Dass *Kaufmann* dem schon für Max Weber wichtigen Begriff einer sozialpolitischen „Kunstlehre“ auf der Policy-Ebene positiv gegenüber steht (104), schlägt sich in

---

<sup>4</sup> Auf dem deutschen Buchmarkt sucht man ähnlich Dichtes für die USA vergebens (noch aktueller und freilich

seiner Analyse der Sozialpolitikdiskurse nach 1945 eigentümlich nieder. Einerseits stellt dieses Kapitel (124-180) angesichts dessen, „dass es bisher an zusammenfassenden Darstellungen der Begriffs- und Reflexionsgeschichte für diese Zeit völlig fehlt“ (124), ein Desideratum dar. Da *Kaufmann* selbst seit Mitte der 1970er Jahre ein wesentlicher akademischer Begriffsakteur war, wäre es andererseits interessant zu erfahren, wie er seinen eigenen Beitrag theoretisch positioniert sieht. Hier geht - vielleicht unvermeidlich - die Diskursanalyse in begriffspolitische Kunstlehre über: „Die Irrelevanz des Begriffs ‚Sozialpolitik‘ für die Sozialstaatsdiskussion könnte eventuell rückgängig gemacht werden, wenn deutlicher zwischen einer *Sozialpolitik erster und zweiter Ordnung* unterschieden würde.“ (176) Erstere sei „programmatische Orientierung auf die Lösung sozialer Probleme“. Doch heute seien die „Probleme zweiter Ordnung“ wie die „Konsolidierung der gesetzlichen Rentenversicherung oder die Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen“ „die größte praktische und wissenschaftliche Herausforderung“ (177). Das klingt wie ein sozialpolitisches Echo zu Robert K. Mertons Plädoyer für „theories of middle range“. Könnte es aber nicht sein, dass Fehlsteuerungen sozialpolitischer Programmatik, also „schlechte“ Ideen, auf der „zweiten“ Policy-Ebene von Kunstlehren nur schlecht und recht korrigiert werden können - und dass dies auch der Fall ist?

(4) *Ideenanalyse*. Falls dies so ist, wäre ein Buch wie das von *Lessenich* edierte Opus „Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe“ hoch willkommen. Denn entgegen seinem Untertitel „Historische und aktuelle Diskurse“ enthält es kaum diskursanalytische Beiträge, sondern überwiegend Begriffsdeutungsvorschläge, im günstigen Fall Versuche, die Ideenwelt der Sozialpolitik zu analysieren. Der Herausgeber stellt dies zunächst etwas verzweifelt fest, wenn er beispielsweise den Text von *Wolfgang Kersting* als Beitrag „zum“ politischen Gerechtigkeitsdiskurs und denjenigen von *Birger P. Priddat* als „Akt der Begriffspolitik“ (423) missbilligt. Kaum weniger irritierend sind die Beiträge des Feuilleton-Redakteurs der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, *Jürgen Kaube*, und des Systemtheoretikers *André Kieserling*. *Kaube* verdeckt eine neokonservative Theoriefigur - der Staat der Moderne mache „die Bürger in ihrer Lebensführung von sich abhängig, und die politischen Programme aller Couleur verstehen es, die eudämonistischen Züge dieser Abhängigkeit hervorzuheben“ (47) - hinter intelligenten Zitaten. *Kieserling* wiederum behauptet einen „Politismus der Moderne“: „So wie der Gesellschaftsbegriff ins Politische verengt ist, so tendiert der Politikbegriff dazu, das politische System zum eigentlich gesellschaftlichen Teilsystem aufzuwerten.“ (29) Als Beleg für diese starke These wird fast ausschließlich auf Schriften Niklas Luhmann rekuriert, was methodisch schwerlich als „wissenssoziologisch“ (23) gelten kann. Doch der Band enthält auch einige höchst lesenswerte Texte: von *Kaufmann* über das Leitbild „Sicherheit“, in dem er das Thema seiner Habilitation (von 1968) aktualisiert; *Georg Vobruba* liefert eine Ideenanalyse von



„Freiheit“ - aber nicht, wie üblich, in konstruierter Antithese zum Wohlfahrtsstaat, sondern als Institutionalisierung „begrenzter Autonomiegewinne“ (155); *Christoph Sachße* rekonstruiert die liberale und die katholische Konzeption von „Subsidiarität“; *Friedbert W. Rüb* schließlich diskutiert den Begriff „Risiko“ regulationstheoretisch und leistet dabei einen beachtlichen Beitrag zur Gesellschaftstheorie des „Sicherungsstaats“: „Die Semantik von ‚Risiko‘ und ‚Versicherung‘ verliert ihren engen Bezug zur versicherungsmathematischen Arithmetik und findet ihr bestimmendes Moment im Begriff des ‚sozialen‘ Risikos, der nun zum Inbegriff der Gestaltbarkeit von Gesellschaft durch den demokratischen Staat wird.“ (313)

Etwas zwiespältig mutet der Beitrag von *Frank Nullmeier* zu „Anerkennung“ an. Er besteht überwiegend aus einer kritischen Rezension der Kontroverse zwischen Nancy Fraser und Axel Honneth, wobei *Nullmeier* (mit Honneth) den wohl kategorialen Fehler macht, den Hegelschen Anerkennungs begriff „nur in der Fassung eines wechselseitigen, horizontalen Verhältnisses zwischen Personen“ als „von theoretischem Belang“ (399) zu betrachten. Doch eine (Post-)Parsonianische Lesart der Hegelschen Rechtsphilosophie (z.B. Opielka 2004a) würde auch die vertikalen Verhältnisse als Rechtsverhältnisse einbeziehen, was den etwas linksradikalen Dekonstruktivismus von Fraser unterlaufen würde. So endet *Nullmeier* melancholisch: „Der Anerkennungs begrifflichkeit fehlt die klare Bestimmung von Gegnerschaften, es fehlt ihr die normative Aggressivität, die andere Wertbegrifflichkeiten im Sozialstaatsdiskurs besitzen. Genau daher wird sie ihnen wohl unterliegen.“ (418) Ob er damit die „normative Aggressivität“ des für den Begriff „Gerechtigkeit“ zuständigen *Kersting* meint: „Der Sozialstaat ist zur Sicherung der Marktmöglichkeit der Bürger dar“ (134)? Weder *Nullmeier* noch *Kersting* sind Soziologen und auch *Ute Gerhard*, die einzige Frau im Autorenkreis (ihr Begriff: „Geschlecht“), steht als Juristin vielleicht einer soziologischen Sozialpolitiktheorie auf dem Niveau von *Kaufmann* doch zu fern, wenn Sie fragt, „inwiefern Sozialpolitik ein Instrument sozialen Wandels oder nur ein Effekt bzw. eine Antwort auf gesellschaftliche Strukturveränderungen ist“ (281). Für den Begriff „Geschlecht“ liegen unterdessen soziologische Konzeptualisierungen wie „Geschlechterarrangement“ (Pfau-Effinger 2000) vor, die jene Spannung als institutionalisierte Dialektik dechiffrieren. Doch auch Soziologen greifen daneben, so wenn *Christian Labusen* und *Carsten Stark* in ihrer Diskussion von „Integration“ eine „arbeitsethische Legitimierung sozialer Härten“ (367) aus einem trivialen Zusammenhang ableiten: „Inklusionsprogramme, die darauf abzielen, kollektive Rechte gegenüber der kapitalistischen Organisationsform der Wirtschaft sicherzustellen, wirken nur solange sozialintegrativ, wie diese Rechte gesellschaftliche Akzeptanz erfahren, also in gewissem Maße durch normative Kultur gedeckt sind“ - diese wiederum sei „zunehmend durch eine funktionalistische Perspektive bestimmt, in der das Individuum einen Beitrag zur Stabilisierung der Gesellschaft zu leisten hat“ (371). Als

empirischen Beleg für diese „Perspektive“ wird ein Markwort des Bundeskanzlers aus der „Bild-Zeitung“ - „Es gibt kein Recht auf Faulheit“ - zitiert (365); auch stößt nach Auffassung von *Labusen* und *Stark* „eine steuerfinanzierte Grundrente etwa (..) in Deutschland auf wenig Gegenliebe“, was durch das Zitat einer „Zeit“-Redakteurin belegt wird (368f.). Das ist weder Ideenanalyse, noch Mikro- oder Diskursanalyse, sondern Meinung. Für die sozialpolitische Ideenanalyse bleibt mit dem von *Lessenich* herausgegebenen Buch also noch etwas tun.

### *Literatur*

- Blasche, Siegfried* und *Döring, Diether* (Hg.), 1998: Sozialpolitik und Gerechtigkeit. Frankfurt a.M.: Campus.
- Chamberlayne, Prue* et al., 1999: Welfare and Culture in Europe. Towards a New Paradigm in Social Policy. London and Philadelphia: Jessica Kingsley
- Gilbert, Neil* und *Terrell, Paul*, 2005: Dimensions of Social Welfare Policy. Sixth Edition. Boston et al.: Pearson.
- Kaufmann, Franz-Xaver*, 2002: Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. Opladen: Leske + Budrich.
- Liebig, Stefan* et al. (Hg.), 2004: Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Campus.
- Offe, Claus*, 2004: Selbstbetrachtung aus der Ferne. Tocqueville, Weber und Adorno in den Vereinigten Staaten. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Oorschot, Wim van*, 2002: Miracle or Nightmare? A critical review of Dutch activation policies and their outcomes. *Journal of Social Policy* 31: 339-420.
- Opielka, Michael*, 2004a: Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Opielka, Michael*, 2004b: Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Reinbek: Rowohlt.
- Parsons, Talcott*, 1979: The American Societal Community. Harvard University Archives HUG (FP) 42.45.1, Box 1-2.
- Pfau-Effinger, Birgit*, 2000: Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Opladen: Leske + Budrich.
- Rieger, Elmar* und *Leibfried, Stephan*, 2004: Kultur versus Globalisierung. Sozialpolitische Theologie in Konfuzianismus und Christentum. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Weber, Max*, 1991 (1920): Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus - Schriften 1915-1920, MWS I/19. Tübingen: Mohr.

*Opielka, Michael*, Prof. Dr., derzeit Visiting Scholar University of California at Berkeley, School of Social Welfare; Fachhochschule Jena, Fachbereich Sozialwesen, Professur für Sozialpolitik.